

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 18.

Charlottenburg, Freitag, den 30. April 1920.

Jahrg. 47.

Aufklärendes zu unserem Tarifvertrage.

Zur Entschädigung für die Generallstreiklage.

In manchen Betrieben glauben unsere Mitglieder in jedem Falle die volle Entschädigung für den Verdienstausfall fordern zu dürfen. In einem Betriebe verlangte man den über die tarifliche Höhe hinaus vereinbarten Zeitlohn, in einem anderen Entschädigung nach der Affordbasis, in wieder einem anderen nach den vollen Durchschnittsverdiensten jedes einzelnen. Alles das ist nicht richtig. Vereinbart ist lediglich die Entschädigung nach den tariflich geltenden Mindestlöhnen. Weder Affordbasen noch libertaristische Zeitlöhne sind Mindestlöhne, und niemand sollte sie jemals als solche bezeichnen, wenn er nicht Verwirrung anrichten oder erleiden will. Als Mindestlöhne gelten nur die in unserem Tarifvertrage unter dieser Bezeichnung zahlenmäßig aufgeführten Stundenlohnsätze, für den vorliegenden Fall also einzig die im § 27 des Nürnberger Vertrages verzeichneten. Eine höhere Entschädigung können also auch Affordarbeiter nicht fordern.

Betreffend Entschädigung für Urlaubstage.

Mit dem Arbeitgeberverband ist folgendes vereinbart:

„Für die Berechnung der Urlaubsentchädigung ist der zur Zeit des Urlaubsbeginns geltende Tarif maßgebend. Die Entschädigung ist nach der tariflichen Zahl von täglichen Arbeitsstunden zu berechnen. (Anmerkung: Wo also eine 45 stündige Arbeitswoche besteht, wie beispielsweise in Nymphenburg, ist diese maßgebend.) Als Durchschnittsverdienst wird der durchschnittliche Stundenverdienst aus den dem Urlaubsbeginn vorhergehenden vier abgerechneten Lohnwochen jedes Arbeiters errechnet. Fällt ein Teil dieser Lohnwochen unter den älteren Tarif, so ist für diesen Teil der für die betreffende Arbeitersparte nach dem neuen Tarif zuständige Lohnzuschlag auf die unter dem älteren Tarif erzielten Verdienste hinzuzurechnen.“

Dabei wollen unsere Verbandmitglieder beachten: Maßgebend ist die tarifliche Zahl der täglichen Arbeitsstunden. Wo die Zahl der täglichen Arbeitsstunden aus irgendwelchen Gründen zeitweilig, und wenn auch seit langer Zeit, herabgesetzt wurde, dann ist das eben nicht die volle tarifliche Stundenzahl. Eine solche Verminderung der Arbeitsstunden kann keine Verminderung der Tagesentschädigung herbeiführen.

Betreffend Vertragsdauer.

Der Mantelvertrag bleibt unkündbar bis 31. Juli in Kraft, von da ab läuft er mit zweimonatiger Kündigung. Er ist also solange unveränderlich. Das Lohnabkommen läuft seit 1. April laut § 79 mit monatlicher Kündigung. Der Vorstandsvorstand kündigt es am 1. Mai, es läuft somit am 31. Mai ab. Zahlstellen, die noch Anträge zu einem neuen Lohnabkommen stellen wollen, müssen solche also baldigst dem Vorstand einreichen, wenn sie rechtzeitig vor neuen Verhandlungen erwogen werden sollen.

Zum 1. Mai.

Voraussichtlich wird die deutsche Arbeiterschaft auch dieses Jahr die Feier des 1. Mai in würdiger Weise begehen. Zur Stunde, als wir diese Zeilen niederschreiben, steht noch nicht fest, ob der 1. Mai auch dieses Jahr für das ganze Reich zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird. Doch mag dem sein, wie ihm wolle. Für die übergroße Mehrheit der Arbeiterschaft wird ohne Zweifel die würdigste Feier in der Arbeitsruhe erblickt werden.

Bisher galt die Maifeier des Proletariats als Demonstration für eine Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere für die Erreichung des achtfündigen Arbeitstages, für den Ausbau der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung, gegen den Militarismus, für den Völkerfrieden. Der besondere Wert der Mai-Demonstrationen wurde immer darin erblickt, daß nicht nur wir deutschen, sondern die Arbeiter in allen Kulturländern der Welt am 1. Mai für die Klassenforderungen des Proletariats ihre Stimme erhoben. Darin hat der Weltkrieg allerdings eine Aenderung herbeigeführt; die internationalen Fäden sind zerrissen, und es steht heute noch nicht fest, ob und wann sie wieder angeknüpft werden können. Dessenungeachtet hat die Maifeier für uns keinen Deut an Wert verloren; ja, es ist heute mehr als sonst Grund vorhanden, den Gegnern der Arbeiterschaft zu zeigen, daß die Arbeiter keinesfalls gewillt sind, sich etwa in die früheren Verhältnisse zurückdrängen zu lassen. Darüber hinaus geziemt es sich für die deutsche Arbeiterschaft, durch eine wichtige und geschlossene Demonstration am 1. Mai der Arbeiterschaft aller Länder zu beweisen, daß der Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung, für den Sozialismus, für den wahren Völkerfrieden mit aller Energie fortgeführt werden muß. —

Gewiß, wir haben in Deutschland jetzt den Achtfundentag gesetzlich eingeführt. Damit ist eine unserer bisher wichtigsten Maiforderungen erfüllt. Ist damit aber die Grenze für eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht, speziell für unseren Beruf? Wir sagen nein. Gegenwärtig ist an eine weitere Arbeitszeitverkürzung allerdings wohl kaum zu denken. Dazu gehört, daß unser Wirtschaftsleben erst wieder einmal in Gang gebracht ist. Für uns ist die Frage einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit eine Frage des Schutzes von Leben und Gesundheit der Arbeiter der feinkeramischen Industrie von weitgehendster Bedeutung. Andauernde Unterernährung in Verbindung mit einer äußerst ungesunden Beschäftigung hat verheerende Wirkungen gezeitigt. Die Untersuchungen des bayerischen Landes-Gewerbearztes Dr. Kölsch haben in dieser Beziehung Resultate ergeben, die uns eindringlich lehren, auf Besserung zu dringen. Dr. Kölsch hat bei seinen Untersuchungen unterschieden zwischen den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Porzellanfabriken, die der Staubgefahr besonders ausgesetzt sind (Massenmüller, Dreher, Gießer, Stanger, Glasurer, Kapseldreher, Brennhäuser), und denen, die nicht mit der Erzeugung, sondern mit der Weiterverarbeitung beschäftigt sind (Maler, Malerinnen, Drucker, Pader, Binder, Sortierer usw.). Die erstere Gruppe, die er als die eigentlichen „Porzelliner“ bezeichnet, ist es auch, die am meisten unter der Tuberkulose zu leiden hat. In sechs bayerischen Bezirksämtern hat Dr. Kölsch Untersuchungen angestellt. Die Sterblichkeit an Tuberkulose betrug bei der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 70 Jahren, soweit diese nicht in Porzellanfabriken beschäftigt war, 2,64 auf tausend Lebende, bei den „Porzellinern“ 6,65 auf je tausend Lebende; die Sterblichkeitsziffer ist aber nicht in allen 6 Bezirksämtern gleich. So sagt Dr. Kölsch, daß im Bezirk Regau, zu dem Selb gehört, wo eine alteingesessene Porzellanindustrie zu Hause ist, die Sterblichkeit an Tuberkulose unter den Porzellinern viermal so groß ist, wie unter der übrigen Bevölkerung. Mit dem Beruf scheint sich auch die Berufskrankheit von Generation zu Generation zu vererben. Genau zu den gleichen Schlussfolgerungen kam der Gewerbeinspektor für Schwarzbürg-Rudolstadt auf Grund seiner Beobachtungen und Feststellungen in seinem Jahresbericht für 1898. Es ist in diesem Rahmen nicht angebracht, auf alles das noch einzugehen, was hierzu noch

zu sagen wäre. Für uns kommt es darauf an, zu betonen, daß die feinkeramischen Arbeiter vollauf berechtigten Anspruch auf erhöhten Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens haben. Die Frage einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit ist aus diesem Grunde für unseren Beruf von besonderer Bedeutung. Mit dem Achtfundentage ist eine sehr wichtige Etappe, aber noch nicht das Endziel auf diesem Wege erreicht.

Solange eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht zu erreichen, wird um so mehr auf Einführung anderer Schutzmittel gegen die ständig steigende Tuberkulosegefahr Bedacht genommen werden müssen. Durch die Untersuchungen von Röllsch (auch früher schon durch Sommerfeldt, Vogner usw.) ist erwiesen, daß die Einatmung von Staub in bedeutenden Mengen die Erkrankungen der Atmungsorgane, insbesondere der Lungen, hervorruft. Die im Staub der Porzellanfabriken enthaltenen Spath- und Quarz-Partikelchen sind es, die, weil nicht löslich, fortwauernde katarrhalische Reizungen hervorrufen. Es muß daher gefordert werden, die Staubgefahr auf ein größtmögliches Minimum zu beschränken. Die peinlichste Sauberkeit der Arbeitsräume, Staubabsaugvorrichtungen usw. sind dringende Erfordernisse. Durch die Untersuchungen von Roelsch ist weiter erwiesen, daß Arbeiter, die nicht schon mit dem 14. Lebensjahre in die Porzellanfabriken kommen, sondern erst längere Zeit Freilustarbeiten verrichten, der Tuberkulosegefahr nicht in dem hohen Maße ausgesetzt sind. Bei einer erfolgreichen Bekämpfung der Tuberkulose bezw. ernsthaftem Schutz der Porzellanarbeiter wird auf diese Momente Rücksicht zu nehmen sein.

Der Frauen- und Kinderschutz, insbesondere ersterer, hat bei der erheblichen Anzahl von in der Porzellanindustrie beschäftigten Frauen für uns keine geringere Bedeutung. An vielen Stellen in Porzellan- usw. Fabriken stehen heute Frauen und müssen Arbeiten verrichten, die für den weiblichen Organismus besonders schädigend wirken, wo Männer stehen müßten, wenn — sie nicht teurere Arbeitskräfte als Frauen wären.

Der besondere Schutz der Heimarbeiter ist eine weitere Frage, die für unsere Berufsangehörigen in manchen Bezirken von Bedeutung ist.

Am diesjährigen 1. Mai wird die deutsche Arbeiterschaft im allgemeinen und unsere Kollegen im besonderen ihren politischen Gegnern zu zeigen haben, daß sie nicht gewillt sind, von den Errungenschaften der Revolution auch nur das geringste abzugeben zu lassen. Wir wissen, daß die Anhänger des früheren monarchisch-militaristischen Systems sich in der Republik nicht wohl fühlen, daß sie fortgesetzt versuchen, die heutige Regierung und damit die Republik zu beseitigen. In den jüngst verfloßenen Märztagen hat die gesamte Arbeitnehmerschaft, Arbeiter wie Angestellte, mit seltener Einmütigkeit einen gewaltigen Versuch zur Wiedereinführung der Monarchie energisch zurückgewiesen. Damit ist die Republik aber noch nicht endgültig gesichert. Im Gegenteil, wir wissen, daß die Militärpartei und alle mit ihr verbundenen reaktionären Elemente schon wieder auf der Lauer liegen, um einen neuen Ueberfall auszuführen. Eine wichtige Maidemonstration wird jenen Feinden der Arbeiterschaft und jedes kulturellen Fortschrittes darüber Klarheit bringen müssen, daß sie sich gehörig die Finger verbrennen, sofern sie die Republik, das freie Wahlrecht für Männer und Frauen, den Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz und was ihnen sonst noch alles ein Dorn im Auge ist, anzutasten wagen. Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, daß bei einem erneuten Putschversuch von jener Seite andere Mittel zu einer erfolgreichen Abwehr erforderlich sein werden, als jüngst. Auf jeden Fall wird jedes brauchbare Mittel in Anwendung gebracht werden, dessen dürfen unsere Gegner versichert sein, um die Freiheit zu verteidigen.

Der diesjährige 1. Mai steht im Zeichen des beginnenden Reichstags-Wahlkampfes. Das arbeitende Volk, Männer wie Frauen, stellt die übergroße Mehrheit der Wähler. Schon die Behandlung der Maifeiertage in der Nationalversammlung zeigt den Arbeitern sehr deutlich aus welcher Seite die Vertreter ihrer Interessen liegen. Im vorigen Jahre wurde der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag erklärt, von nun an ist dieses eine Sache. Warum denn? Nun, die Antwort ist nicht schwer zu finden. Mit Ausschluß der Sozialdemokraten hoffen alle Parteien, daß die alten Zustände bald wiederkehren mögen, so daß es nicht mehr notwendig ist, sich über die Frage, ob der 1. Mai ein Feiertag sein soll, den Kopf zu zerbrechen. Wenn es gelingen sollte, auch dieses Jahr noch einmal einen Beschluß herbeizuführen der den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt, hoffen die bürgerlichen Parteien wohl, daß der Ausfall der diesjährigen Reichstagswahlen ein anderes Bild von der Stärke der politischen Parteien bringen werde. Sollten diese Hoffnungen der Gegner sich erfüllen, dann wäre für die

nächste Zeit nicht der Arbeiterschutz, sondern der Arbeitertribunal obenauf.

Wer mit offenen Augen um sich blickt, sieht überall die Niedertracht der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die Anhängerschaft der Monarchie und des Militarismus an der Arbeit. Mit allen Kräften wird versucht, den achtstündigen Arbeitstag wieder zu beseitigen, die Koalitionsfreiheit zu beschneiden, die politische Gleichberechtigung des Arbeiters wieder illusorisch zu machen.

Demgegenüber müssen die Arbeiter ihre Stimme erheben für den größtmöglichen Arbeiterschutz, für die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt, für den Sozialismus, für Freiheit, für den Frieden, für die Verständigung der Völker auf friedlichem Wege.

Dafür erheben wir unsere Stimme am 1. Mai.

Arbeitsunlust.

In Nr. 13/14 der „Keramischen Rundschau“ vom 1. April d. J. jammert ein Herr Friedr. Stelling in beweglichen Worten, daß die herrschende Arbeitsunlust nicht schwinden will. Weil genannter Herr sich gerade die „Keramische Rundschau“ ausgesucht hat, um seine ernstlichen Mahnungen zur Besserung an den Mann zu bringen zu können, gewinnt es den Anschein, als gälte es, den Arbeitern der feinkeramischen Industrie besonders das Gewissen zu schärfen zu müssen. Dagegen müßten wir in aller Form ernstliche Verwahrung einlegen. Hinter dem Heulmeiern über die herrschende Faulheit scheint uns ganz etwas anderes zu stecken. Anscheinend will man der Oeffentlichkeit begreiflich machen, daß 8 Stunden Arbeit pro Tag zu wenig sind, daß wieder länger gearbeitet werden müsse, wenn Deutschland um seinen Handel, seine Industrie wieder aufblühen solle.

Geradezu widerlich wirkt es aber, wenn solche Ausführungen auf den Ton einer Sonntagsnachmittagspredigt gestimmt sind, wie dies bei Herrn Stelling der Fall. Mit dem sozial-ethischen Märchen, das Herr Stelling glaubt der Arbeit umhängen zu müssen, kann doch die Not und das Elend nicht verdeckt werden, in dem die Arbeiter von heute befindet. Ehe wir näher darauf eingehen, wollen wir uns noch kurz mit einem Satze befassen, in dem noch deutlicher die gesamte Auffassung des Herrn Stelling zum Ausdruck kommt. Es wird dort gesagt: „Bedauerlich ist es, daß der Vorwurf der Arbeitsunlust an Leute gerichtet werden muß, die noch im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind und arbeiten könnten, wenn sie nur wollten, die in der Arbeit ein Übel sehen, das nicht entschieden genug bekämpft werden kann“.

Welcher Art „Arbeits-scheue“ meint denn der Herr Verfasser hiermit und wo hat er diese kennen gelernt? Etwa diejenigen die es als ihre Lebensaufgabe betrachten, andere für sich arbeiten zu lassen, die zu faul sind, sich die Haare aus dem Gesicht zu streichen, wenn sie von der Stirne herabhängen, und dazu einen Diener brauchen, die bei Adlon in Berlin für ein Abendessen mehr ausgeben, als ein fleißiger Arbeiter die ganze Woche verdienen kann, die während des Tages, wenn die Arbeiter in den Fabriken stecken, in Berlin in der Friedrichstraße oder Kurfürstendamm herumflanieren? Wenn er diese Schmarotzer am Volkstempel zur Arbeit erziehen will, dann wird er seine Moralpredigten aber nicht in der „Keramischen Rundschau“, sondern in der „Post“, „Pressezeitung“, „Deutsche Tageszeitung“ usw. anbringen müssen.

Oder meint der Verfasser die ehrlichen Arbeiter, die zu Tausenden in den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragen sind und trotz wochen- und monatelangen Wartens und Arbeitens keine Arbeit finden können? Ist der Verfasser in der Lage, diesen Arbeitslosen etwa Arbeit verschaffen zu können? Wenn er das nicht kann, dann soll er aber schweigen und diese Unglücklichen zu ihrem Jammer und ihrer Noth nicht noch gröblich beleidigen und der Oeffentlichkeit als Arbeitscheue denunzieren. Wenn das Jammere über die vorhanden sein sollende Arbeitscheu mit den gegebenen Thatfachen im Einklang stünde, dann müßten die Unternehmer begründeten Anlaß haben, über Mangel an Arbeitskräften zu klagen. Das ist aber nicht der Fall, und wird auch dann nicht wahr, wenn einzelne Unternehmer einmal vorübergehenden Mangel an einigen Spezialarbeitskräften haben mögen.

Hat der Herr Verfasser die regelmäßigen Zählungen Arbeitslosen im Porzellanarbeiterverband verfolgt? Kann er einen annähernden Begriff davon machen, welche Unsumme Elend eine durchschnittliche regelmäßige Arbeitslosenziffer 10 v. H. in sich schließt? Wir empfehlen genanntem Herrn Ernstes das Studium der Arbeitslosenstatistiken im „Arbeitsblatt“.

Oder meint der Verfasser, daß die Leistung des einzelnen Arbeiters zurückgegangen und dieser Umstand auf die Arbeit

zurückzuführen ist? Daß bei der ungenügenden Ernährung die Einzelleistung nicht steigen kann, ist doch nicht verwunderlich. Die erschreckende Zunahme der Tuberkulose unter den Porzellan- und Steingutarbeitern ist doch nachgerade allgemein bekannt geworden. Daß ein unterernährter, von Krankheiten, von der Tuberkulose gequälter Körper nicht die Arbeit zu leisten vermag, als ein gesunder, ausreichend ernährter, liegt auf der Hand. Deswegen kann man aber noch lange nicht von einer „Arbeitscheu“ reden.

Alle Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften in der Porzellan- usw. Industrie stimmen darin überein, daß nur die herrschende Kohlennot verhinderte, die Betriebe voll auszunützen. Die Arbeiter — in der Hauptsache kommen Akkordarbeiter in Frage — wären sehr zufrieden, wenn sie in der Fortarbeit nicht behindert würden, um auch ihrohne Einkommen so weit als möglich steigern zu können.

Nun noch einige Worte zu der sozial-ethischen Seite. Herr Stelling wirft die Frage auf, wie denn ein Wandel in den heute bestehenden Verhältnissen eintreten, wie die bestehende Arbeitscheu überwunden werden kann. Er sagt hierzu:

Vor allem muß eine andere Auffassung über das Wesen der Arbeit eintreten, als sie bisher in weiten Kreisen galt; sie darf nicht mehr nur von dem Gesichtspunkte aus betrachtet werden, daß ihre Leistung lediglich zur Beschaffung des Lebensunterhaltes in weitestem Umfange dient. Sie hat nämlich auch die Aufgabe, dem Arbeitssamen eine innere Befriedigung zu gewähren. Das Bewußtsein, seine Pflicht und manchmal auch mehr als die Pflicht getan zu haben, löst bei jedem geistig gesunden Menschen ein Gefühl der Zufriedenheit aus, das ihn über viele Vergernisse hinweghebt. Dabei bleibt nicht nur der Geist gesund, sondern auch das körperliche Befinden wird wohlthuend beeinflusst. Ueber diese Wirkung waren wir uns in der Vorkriegszeit vollkommen klar: man suchte sie sich zu verschaffen und widmete sich in ausgedehntem Umfange dem Sporte. Der damals betriebene Sport ging allerdings oft weit über das hinaus, was man gewöhnlich als Spiel bezeichnet. Seine vernünftige Ausübung stärkte den Körper, straffte und kräftigte die Muskeln und förderte so das geistige und körperliche Wohlbefinden unseres Volkes. Dieser Sport war eine körperliche Betätigung, bei deren Bewältigung auch der Geist mitsprach; er war, streng genommen, körperliche Arbeit. Mit Stolz und Genugtuung bezeichneten diejenigen, die den Sport regelmäßig und mit Verständnis pflegten, ihre Tätigkeit selbst als Arbeit; wenn sie den Sport ausübten, sagten sie, daß sie arbeiteten.

Sollte sich diese Auffassung, diese Einschätzung der besonderen körperlichen Betätigung und Ausarbeitung nicht auch auf den Begriff jeder Arbeit übertragen lassen? Ich meine, daß dieser Standpunkt eigentlich etwas ganz Selbstverständliches sein sollte. Mit genau dem frohen, zufriedenen Sinne, mit dem man auf den Sportplatz ging, sollte jeder an seine Arbeitsstätte gehen; denn auch die regelmäßige Ausübung der beruflichen Arbeit stärkt die Kräfte des Körpers, wie des Geistes. Sie nutzt die Muskel- und die Geisteskräfte nicht mehr ab als der Sport, wenn sie mit Freudigkeit und Hingebung geleistet wird. Auch der Sport war nicht immer Spielerei; oft genug war er von Ehrgeiz, der Sieger zu werden, getragen, und oft genug wurde er zum Zwecke der Umwertung in klingende Münze ausgeübt. Einzelne Zweige des Sportes sind dem Erwerbe dienende Berufe geworden; hierin berühren sich die Begriffe der körperlichen und geistigen Arbeit und des Sportes. Faßt man den Wert der Arbeit von diesem Standpunkte aus und erfüllt man sie mit diesem Geiste, dann verliert sie von selbst die Bedeutung einer Last oder eines Übels; sie hält Körper und Geist beisammen und gesund. Daß sie für viele Menschen diese Aufgabe hat, lehrt die tägliche Erfahrung. Wenn ein willensstarker Mann von Sorgen oder sonstigem seelischen Kummer niedergedrückt wird, dann stürzt er sich in die Arbeit. Er sucht in ihr aufzugehen und findet so am leichtesten und erfolgreichsten den Weg zu sich selbst zurück. Er bewahrt sich vor geistigem und auch körperlichem Zusammenbruche. Die Liebe zur Arbeit und die Lust an ihr läßt ihn überwinden. Wenn sich das deutsche Volk zu dieser Höhe emporzuschwingen wollte, so würde es sich sehr bald aus seinem heutigen Elend aufraffen. Freilich gehört ein starker Wille dazu, doch ist dieser starker Wille in großen Teilen des deutschen Volkes noch vorhanden. Seine Betätigung muß nur in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Wenn die Führer der Volksmassen das deutsche Volk wirklich so lieb haben, wie sie täglich versichern, wenn sie tatsächlich nur um sein Wohl und Wehe besorgt sind und sich nicht bloß von ehrfürchtiger, eigenmütiger Herrschsucht leiten lassen, dann sollten sie ihren Anhängern diesen Weg zeigen und ihnen auf ihm vorangehen. Nicht ohne Grund sagte ein griechischer Dichter: „Vor den Preis setzten die Götter den Schweiß“. Er meinte damit zwar nur die berühmten griechischen Spiele; denn der freie Grieche erachtete körperliche Arbeit als seiner unwürdig. Diese Auffassung ist

aber schon seit Jahrhunderten hinfällig geworden; in geordneten Zeiten verfällt der Arbeitscheu der allgemeinen Verachtung. Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen — das Wort galt vor gar nicht zu langer Zeit noch in deutschen Landen. Belennen wir uns mit Freudigkeit und aus innerster Ueberzeugung heraus zu ihm, dann entsteht dem deutschen Volke, wie jüngst der preußische Eisenbahnminister in der Landesversammlung ausführte, das Morgenrot einer neuen, hoffnungsvolleren Zukunft.

Daß ein freier Arbeiter auch Lust und Liebe zu seiner Arbeit, Freude am vollendeten Werk haben soll, ist auch für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir behaupten aber, daß das heute schon der Fall und nicht erst einzutreten braucht. Gerade die feinkeramische Industrie ist wie keine andere dazu angetan, den Gestaltungstrieb des einzelnen anzuregen, den Schönheitssinn zu pflegen, Freude am vollendeten Werk empfinden zu lassen. Alle Berichte über die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse stimmen darin überein, daß die Qualität der feinkeramischen Erzeugnisse fortdauernd in der Verbollkommenung begriffen sei. Meint denn ein Mensch, daß das möglich wäre mit einer Arbeiterschaft, die die vorstehend erwähnten Eigenschaften nicht besäße?

Wenn aber eine Arbeiterschaft in dieser Weise ihre Pflicht jahraus und jahrein erfüllt und die einzige Befriedigung in dem Bewußtsein finden soll, daß am Schlusse des Geschäftsjahres den „freien Griechen“, die im Besitze der Aktien sind, wieder 30 und 35 Proz. Dividende mühelos in den Schoß fallen, während für den Erzeuger der Werte weiter nichts übrig bleibt, als „Befriedigung in der Arbeit zu suchen“, im übrigen aber im wachsenden Elend weiter zu vegetieren, dann soll man sich nicht wundern, wenn einmal ein Umschwung eintritt.

Den geradezu albernen Vergleich der Arbeit mit dem Sport muß jeder Arbeiter als blutigen Hohn empfinden. Es soll vollkommen das gleiche sein, ob jemand auf den Reit- oder Tennisplatz geht, um dort zu „arbeiten“, oder ob man bei 60—70 Grad Hitze einen Brennofen austrägt, um sich „sportlich“ betätigen zu können. Körper- und Geisteskräfte werden bei letzterer Arbeit nicht mehr abgenutzt als auf dem Sportplatz. Wenn wir bössartig veranlagt wären, müßten wir dem Verfasser wünschen, daß er seine sportlichen Übungen regelmäßig in einer Porzellanfabrik absolvieren könnte zu den für Porzellanarbeiter bestehenden Bedingungen. Anscheinend hat der Verfasser sich eine Betätigung ausgesucht, bei der die „Geisteskräfte“ mehr als allgemein üblich abgenutzt worden sind.

Wie lange mag es schon her sein, daß das Sprichwort: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ in deutschen Landen einmal Geltung gehabt hat? Das kann niemand sagen. Seit sehr langer Zeit schon gilt ein anderes Sprichwort, das heißt: „Das Pferd, das den Hafer verdient, bekommt ihn nicht“. Die Nichtarbeiter schlemmen nach wie vor, während die Arbeiter an Unterernährung zugrunde gehen.

Gewerkschaftliche Nebenregierung?

Das „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nimmt in seiner Nr. 16 in einem Artikel, betitelt „Nachklänge zum Generallstreik“, gegen die Anklagen, daß die Gewerkschaften eine Nebenregierung im Reich und Staat aufrichteten, Stellung. Wir entnehmen diesem Aufsatz folgende Ausführungen:

„Gegen die Gewerkschaften sind aber in der Presse und in der Nationalversammlung noch weitergehende Vorwürfe erhoben worden. Man erklärte, daß sie eine Nebenregierung errichten, eine verkappte proletarische Diktatur proklamieren wollten. Der Reichskanzler mußte sich sogar in der Nationalversammlung öffentlich gegen den Verdacht verwahren, eine solche Nebenregierung zu dulden. Er war loyal genug, anzuerkennen, daß die Gewerkschaften nie den Versuch gemacht hätten, mitzuregieren und daß sie auch keine Forderungen ultimativen Charakters gestellt hätten. Trotzdem großt es noch immer weiter in den bürgerlichen Parteien und in der bürgerlichen Presse und bei jeder Rundgebung der Gewerkschaften prasseln die gleichen Anklagen von neuem nieder.

Der Zweck dieser lächerlichen Offensive gegen die Gewerkschaften erscheint uns recht durchsichtig. Man bemüht sich augenscheinlich, die Gewerkschaften aus der durch den Generallstreik und die Vereinbarung der acht Punkte errungenen Position wieder herauszudrängen, weil man die Durchführung dieser Vereinbarungen als unbequem oder gewissen Parteiinteressen nachteilig empfindet. Das gilt vor allem hinsichtlich des ersten Punktes, der den Organisationen einen mitentscheidenden Einfluß auf die Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen und auf die Neuregelung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze einräumt, nicht minder aber auch für die gründliche Reinigung der Reichs-

und Sicherheitswehren sowie der gesamten Verwaltungen von allen antirepublikanischen Elementen und von der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung. Man fürchtet in den Gewerkschaftsleitungen den unbequemen Mahner und Dränger, der zu durchgreifenden Maßnahmen, zu beschleunigter Republikanisierung, Demokratisierung und Sozialisierung anspornt. Wir wundern uns nicht über die Widerstände, die sich gegenüber einem solchen Ausgang des Kapp-Putsches geltend machen, und auch nicht darüber, daß jetzt der ganze Schwarm der bürgerlichen Mitläufer der Republik gerade über die Gewerkschaften herfällt, denen sie eigentlich die Rettung der Republik zu danken haben. Denn wir wissen nur zu gut, daß diese Widerstände die Hauptschuld daran tragen, daß die Republik an den Rand des Abgrundes gebracht wurde. Ihr Werk war es, daß die Arbeitermassen mit wachsender Enttäuschung erfüllte und in die Reihen der Opposition trieb. Wir wissen auch, daß diese Kreise nicht halb soviel Eifer an den Tag legen, um die Unschädlichmachung der Militärputschisten durchzusetzen, denn sie rechnen noch immer auf deren Hilfe gegen die Arbeiterschaft. Der Kampf gegen den angeblichen Bolschewismus steht ihnen höher als der Kampf für die Republik.

Wir wollen aber die Herrschaften auch darüber nicht im unklaren lassen, daß ihr Bemühen ein vergebliches sein wird. An den acht Punkten ist nicht zu deuteln und zu rütteln und an ihrer Durchführung werden die Gewerkschaftsleitungen unerschütterlich festhalten, bis jede Gefahr einer Wiederkehr reaktionärer Angriffe auf die Republik beseitigt ist. Was aber zur Durchführung der Vereinbarungen notwendig ist, das möge man ruhig den Gewerkschaftsleitungen und ihren Verhandlungen mit den zuständigen Regierungen überlassen. Die letzteren sind selbst Mannes genug, ihre Stellung zu wahren und überdies den Volksvertretungen verantwortlich, wo sie zur Rechenschaft gezogen werden können. Aber auch die Gewerkschaftsleitungen müssen sich alle Schritte vorbehalten, die notwendig sind, um die Durchführung ihrer Vereinbarungen zu gewährleisten, denn sie haben gegenüber der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtschaft diese Ehrenpflicht übernommen und werden sie auch in vollem Umfange erfüllen. Davon können sie weder Pressepolemiken noch parlamentarische Debatten abbringen.

Man hat mehrfach an dem Ton der gewerkschaftlichen Forderungen Anstoß genommen und von gewerkschaftlichem Ultimatum gesprochen. Ueber den Ton läßt sich natürlich streiten, aber ein solcher Streit ist unnütz. Forderungen sind immer einseitig und um so entschiedener gestimmt, je kritischer die Situation ist, aus der sie entstehen. Man kann wohl auch von den Gewerkschaften nicht gut erwarten, daß sie sich des diplomatischen Tones befleißigen, der in Versailles oder London geübt werden muß. Vielleicht werden sie auch nicht immer der Diplomatie gerecht, die zwischen den Koalitionsparteien herrscht. Sie sind eine andere Sprache gewöhnt, für die man in Arbeiterkreisen mehr Verständnis hat. Aber sie haben noch niemals das Verhandeln abgelehnt, weder bei den 8 Punkten, die schließlich das Ergebnis zweiseitiger Verhandlungen wurden, noch bei späteren Forderungen. Und darauf kommt es doch im wesentlichen an. Sie stellen ihre Forderungen auf und verständigen sich schließlich mit der Regierung. Ob die eine oder andere der politischen Parteien ihren Forderungen bereits vorher zugestimmt oder sich ihnen erst nachträglich anschließt, ist unwesentlich und überdies eine Angelegenheit dieser Parteien selbst. Finden es diese den Grundsätzen der Demokratie mehr entsprechend, erst dann solchen Forderungen zuzustimmen, wenn darüber schon eine Verständigung mit der Regierung vorausgegangen ist, dann soll ihnen das unbenommen sein. Wir verstehen nur solche demokratischen Strupel am allertwenigsten in einer Zeit, wo die Reaktion sich rüstet, um der ganzen Demokratie den Garau zu machen und halten es für reichlich verfliegen, lieber in voller demokratischer Schönheit unterzugehen, als auch nur im geringsten an eines der geschriebenen oder ungeschriebenen Gesetze demokratischer Verfassung rühren zu lassen. Einen Eindruck auf die notwendige republikanische Aktion der Gewerkschaften können indes solche doktrinären Zwischensaden nicht machen. Wir sind uns bewußt geworden, in welcher Gefahr die Republik geschwebt hat und noch immer schwebt. Wir sind uns bewußt, daß das Schicksal der Republik auf die Kraft der Arbeitnehmerschaft gestellt ist und wir haben die Verantwortung dafür übernommen, das Vaterland gegen die Reaktion zu verteidigen. Ob das gewissen bürgerlichen Kreisen paßt oder nicht, ist uns herzlich gleichgültig. Das deutsche Volk ist zu großen Mehrheit wird bei den bevorstehenden Wahlen entscheiden, daß die Gewerkschaften die Lage richtig begriffen und auch richtig gehandelt haben.

Gegen die Besteuerung von Gewerkschaftsvermögen.

Von einigen Gewerkschaftsvorständen wurde uns mitgeteilt, daß die bei den Banken hinterlegten Guthaben zur Besteuerung herangezogen worden sind. — Diese Maßnahmen sind offenbar darauf zurückzuführen, daß die betreffenden Guthaben auf Namen eines Treuhänders und nicht auf den Namen des Verbandes bei der Bank hinterlegt waren. In den zahlreichen Steuergesetzen ist, soweit eine Besteuerung der Gewerkschaften in Frage kommen könnte, diese durch klare Gesetzesbestimmungen ausgeschlossen.

Das Gesetz über das Reichsnotopfer besagt im § 5 ausdrücklich unter Absatz 7, daß: „Handelskammern, Gewerbekammern, Gewerkskammern, Landwirtschaftskammern und ähnliche öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen sowie wirtschaftliche Verbände öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist“, abgabefrei sind.

Auch das Körperschaftsteuergesetz vom 30. März 1920 hat in § 2, Absatz 7, eine ähnliche Bestimmung, wonach von der Körperschaftsteuer befreit sind: „Gesellschaftliche Berufs- oder Wirtschaftsvertretungen sowie wirtschaftliche Verbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist.“

Ebenso bestimmt auch § 3, Absatz 2 c, des Kapitalertragssteuergesetzes, daß: „öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen sowie Berufsverbände ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist“, der Steuer befreit sind.

Die übrigen Steuergesetze kommen nicht in Frage. In einem Falle ist bei Ausführung des Umsatzsteuergesetzes eine Veranlagung der Gewerkschaften von Steuerbehörden versucht worden. Nach Rücksprache der betreffenden Vorstandsvertreter mit der zuständigen Steuerbehörde, durch die der Charakter der Organisation dargelegt wurde, nahmen die Steuerbehörden ohne weiteres von einer Veranlagung der Organisation Abstand, weil diese gesetzlich auch nicht begründet wäre.

Bei den uns jetzt gemeldeten Besteuerungen der Bankguthaben der Verbände wird es Aufgabe der Vorstände sein, der Steuerbehörde sofort den Nachweis zu liefern, daß das auf den Namen des Treuhänders hinterlegte Vermögen nicht Eigentum des Verbandes ist, sondern dem Verbandsmitglied gehört. Im übrigen dürfte sich empfehlen, die Eintragungen der Konten auf den Verbandsnamen vorzunehmen. Nach unseren Beobachtungen werden bei den Banken in neuerer Zeit dieser Handhabung nicht mehr unübliche Schwierigkeiten bereitet. Mindestens ist neben dem Namen des Treuhänders auch der Name des Verbandes als Kontoinhaber einzutragen und es dürften damit für die Zukunft irrtümliche Besteuerungen verhütet sein.

Die vorstehenden Ausführungen gelten in vollem Umfange auch für die Vermögensbestände von Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und für Gewerkschaftsartelle.

Zur Beitragsfrage.

Unsere Generalversammlung im September v. J. erhöhte die Verbandsbeiträge und Unterstützungen auf den augenblicklichen Stand und hatte die Zuvorsicht, daß hiermit bis zur nächsten Generalversammlung völlig auszukommen ist. Wie stehen denn nun aber die Dinge? Trotzdem wohl alle Kollegen und Kolleginnen mit mir der Meinung sind, daß die Beiträge und Unterstützungen der heutigen Zeit in keiner Weise entsprechen, beobachtet man eine gewisse Vorsicht (besser gesagt die Angst), ja nicht diese schwierige und peinliche Frage zu berühren oder wenigstens im Kollegenkreis zur Diskussion zu stellen. Es krankt die ganze Arbeiterbewegung daran, daß man aus Scheu vor den „Anderen“, auch in manchen anderen Hinsicht, nicht mit der Wahrheit herausrückt.

In Friedenszeit bezogen wir einen Stundenlohn von durchschnittlich 50 Pf., in verschiedenen Gegenden 20—30 Pf., dafür leisteten wir an unseren Verband mit Krankenversicherung im Jahre 1914 1 M. Wochenbeitrag, so daß für Verbandsbeiträge ein Stundenlohn der das Doppelte abgeführt wurde. Während des Krieges stiegen die Löhne, ohne daß jemand daran gedacht hätte, die Beiträge zu erhöhen. Schon damals trat ich in den Spalten „Ameise“ für eine Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen ein. Nach dem Waffenstillstand trat eine Geldentwertung ein, die Kontrast immer größer machte. Die Kollegen konnten mit dem Verdienst nicht mehr auskommen und unsere Organisation mußte eifrig eingreifen, es kam Leben und Bewegung in unseren Verband. Jetzt jagen sich die Verhältnisse, ein Lohnabkommen das andere ab. Besonders nach der Generalversammlung sind

ne um das Mehrfache gestiegen, aber niemand denkt daran, Beiträge zu erhöhen und wer es denkt, wagt nicht, die Ge-
sten auszusprechen. Hier muß Wandel geschaffen werden, und
möchte hierdurch den Reigen eröffnen, damit in unserem Ver-
bandsorgan eine lebhaftere Aussprache hierüber einsetzt. Die Bei-
träge müssen neu gestaffelt, die Verdienstgrenzen verdoppelt und die
Löhne dementsprechend festgelegt werden. Das Prinzip, ein
Mindestlohn muß für Verbandszwecke abgeführt werden, muß
überall Geltung bekommen.

Die Beiträge sind in allen Organisationen viel zu niedrig,
die Verbände scheuen sich, Remedur zu schaffen, weil sie die
Konkurrenz gegenseitig befürchten. Warum sind wir aber dem
Gewerkschaftsbund angeschlossen? Es könnten doch Schritte
genommen werden, zentralistisch Beiträge und Un-
terschiede zu regeln, damit nennenswerte Unterschiede in
Beiträgen und Leistungen der freien Gewerkschaften verschwin-
den. Hier muß Wandel geschaffen werden.

Die Beitragsfrage ist eine brennende, zum mindesten müssen
unserem Verband die Beiträge verdoppelt werden. Jeder ein-
zelne Kollege wird mir beipflichten. Wenn heute im Kollegen-
rat behauptet wird, ich muß täglich 40 M. und mehr verdienen,
dann ich das gleiche bestreiten will, was ich früher mit 4—5 M.
auskommen habe, so gilt das gleiche auch für unseren Verband. Das
heißt, welches der Verband bekommt, ist genau so entwertet, wie
der Arbeitslohn der Kollegen. Der Verband kann dafür ebenso-
viel kaufen, daher ebensowenig leisten. Da aber die Ansprüche
an die Organisation von Tag zu Tag mehr und größere werden,
um muß auch hier für Mittel gesorgt werden.

Woher soll es aber kommen, wenn die Mitglieder nicht für
ihre Einnahmen durch erhöhte Beiträge sorgen? Wollen wir
Kampfen gegen das Kapital ohne Mittel?

Eines schönen Tages kann die Arbeitsgemeinschaft in die
Kasse gehen; dann heißt es wieder, wie in früheren Zeiten, den
Kampf aufnehmen. Für Verwaltungszwecke ist dann die Kasse
leer. Die ungeheure Steigerung der Papier- und Druckkosten,
die Steigerung der Gehälter der Angestellten, sowie alle anderen
notwendigen Ausgaben haben nach meiner Auffassung nicht dazu
beigetragen, die Kassen zu füllen. Kommt es zu Kämpfen mit dem
Kapital, dann stehen wir vor leeren Kassen, ohne die allernotwen-
dige Munition, denn zum Kampf gehört erstens Geld, Geld und
nochmals Geld. Diejenige Gewerkschaft, welche im geeigneten
Falle nicht hierüber verfügt, ist dem ersten Windstoß preis-
gegeben und hat aufgehört, eine Kampforganisation zu sein.
In jeder Organisationskammer kann es nur eins geben: Wollen
wir als Kampforganisation gelten und bestehen, so muß der
Mindestlohn der geringste Maßstab für einen Wochenbeitrag wer-
den, und zwar bald, ehe es zu spät ist.

Frisch ans Werk, Kollegen!

Otto Kretschmann.

Aus unserem Verufe.

Dresden. Verschiedene Dresdener Malereien suchen unter In-
anspruchnahme des Arbeitsmarktes von Zeitungen, teilweise auch
eines Fachblattes, Maler für Dresden. Auf Grund des § 5 un-
seres Vertrages sind die vertragschließenden Parteien verpflichtet, an
einzelnen Plätzen Arbeitsnachweise auf paritätischer Grund-
lage zu unterhalten. Wenn im hiesigen Bezirk ein solcher noch nicht
aufgestellt worden ist, so liegt es nur an den in Frage kommenden
Zeitgebern des Bezirks. Ein erheblicher Teil derselben hat auf
diesbezüglichen Schreiben gar nicht geantwortet. Wir müssen
aus schließen, daß man in den Unternehmerkreisen unserer In-
dustrie versuchen will, diese Bestimmungen des Vertrages nicht zu
beachten.

Die Kollegen des Dresdener Bezirkes verzichten aber auf
den Fall auf den Nachweis und wenden sich ganz entschieden
an die Inanspruchnahme von Zeitungen, wenn nicht vorher bei
Geschäftsstelle unseres Verbandes versucht wurde, Arbeitskräfte
zu bekommen.

Wir ersuchen alle Kollegen, die die Absicht haben sollten, nach
Dresden zu kommen, sich auf alle Fälle an die hiesige Geschäftsstelle
unseres Verbandes, Dresden-A. 1, Rixenbergstr. 6, II., zu wenden. Von
dort werden sie den notwendigen Aufschluß erhalten.

Die Verwaltung.

Schwarzenbach. Vor mir liegt der neue Tarif, der wieder
großem Pomp den Porzellanarbeitern in der „Ameise“ präsen-
tiert wird. Aber, „o weh“, wie sieht er aus, wenn man ihn unter
die Lupe nimmt, wenn man Vergleiche vornimmt und prozentual
rechnet. Man fragt sich da: Aus welchem geistreichen und von
Praktikern nicht ahnenden Kopfe ist denn dieses Reptil (! Red.)
herausgekommen? Jeder ältere Arbeiter und gelernte Facharbeiter, der
Stundenlohn arbeitet, wird es nicht begreifen können, wie sich

solche trassen Mißstände in einen Tarif einschleichen können. Sie
sind aber da und die darunter leidenden Genossen dürfen nicht ein-
mal murren und den Beweis bringen, daß der Entwerfer dieses Ta-
rifes nicht ins Praktische eingedrungen ist. O, diese Kritiker! wird
der Hauptvorstand ausrufen; aber dieser Ausruf läßt mich nicht zu-
rückstehen, die Beweise vorzulegen.

1. Eine Malerin, die jetzt auch zu den Facharbeiterinnen zählt
(ob sie auch das leistet, wie ein gelernter Maler, ist dem Entwerfer
des Tarifabschlusses gleichgültig), verdiente bis jetzt durchschnittlich
3 M., wovon ein Drittel abging, sodaß noch 2 M. verblieben, nun
kommen 70 Proz. dazu, macht 3,40 M. — 2. In der Druckerei ist
es noch viel toller. Die Druckerinnen kommen im Verdienst sogar
noch über den gelernten Arbeiter, denn die im Stücklohn arbeiten-
den erreichen einen Stundenlohn von 3,70 M. (es sind hier die
besten Druckerinnen gemeint), und wir Maler, die wir ständig im
Tagelohn sitzen, haben es von 2,70 M. auf 3,67 M. gebracht. —
Der beste Maler im Stücklohn kommt auf 5,60 M. und noch höher,
das ist ein Plus pro Stunde von 2 M. Bei 8 Stunden Arbeits-
zeit täglich 16 M., welche der Stücklohnarbeiter gegenüber den
Tagelohnarbeitern mehr verdient. Bei einem mittleren Verdienner
(wie der Stundenlohnarbeiter) beträgt der Verlust täglich 7,40 M.,
das sind im Jahr 2070 M., und bei einem besseren, der nur eine
Beschäftigung hat, welche im Tagelohn bezahlt wird, beträgt der
Verlust sogar 4476 M. jährlich. Nun möchte ich in der Offent-
lichkeit anfragen, ob es denn gar soviel Kenntnis braucht, um bei
Aufstellung eines Tarifes herauszufinden, daß auch der im Tagelohn
arbeitende Genosse mit zu berücksichtigen ist. Oder sollen wir immer
als minderwertige Arbeiter behandelt werden? Kann kein Passus
gefunden werden, der einen Ausgleich schafft zwischen dem Tage-
lohnarbeiter und dem Höchstverdiener im Stücklohn? Sollen wir
denn immer um 30 bis 50 Proz. weniger verdienen, als die Stück-
lohnarbeiter? So geht es uns nun schon in jedem Tarif. Wir sind
den Höchstverdienern, sei es Mann oder Frau, nicht neidisch, denn
es reicht trotz des hohen Verdienstes nicht zu; aber unter den fort-
währenden Preissteigerungen der wichtigsten Lebensmittel und Ge-
brauchsartikel, die jedem das gleiche kosten, haben wir eben durch
den niedrigeren Verdienst mehr zu leiden.

Noch möchte ich auf den schon oft erwähnten Ausdruck: „Ab-
schaffung des Lohnunterschiedes Mord“ zu sprechen kommen. Durch
diesen Lohnunterschied wird der Tagelohnarbeiter gezwungen,
wieder zu dem Mordsystem zurückzukehren, welches man in der Jetzt-
zeit nicht einmal als arbeiten bezeichnen kann. Es ist ein Schuftentum,
es kommt einem vor wie eine Maschine, die früh anläuft und zur
rasenden Geschwindigkeit getrieben wird. So sieht es heute in den
hiesigen Betrieben, vor allem aber in der Malerei aus. Auch ich
bin sehr dafür, daß die Frauen mehr ihrem häuslichen Herd zuge-
führt werden. Was bezweckt man aber mit diesem Tarif? Nur, daß
der Mann zu Hause bleiben muß und die Frauen in die Fabriken
gehen. O, ihr Männer in der Porzellanindustrie, glücklich und
freudig können wir in die Zukunft schauen. Oder denkt die Tarif-
kommission dadurch die Frauenarbeit einzuschränken? Nein, das
Gegenteil wird erreicht und der Zwist wird immer mehr geschürt.
M. M.

Anmerkung des Schriftleiters: Im allgemeinen ist es nicht
durchführbar, jedem einzelnen Kollegen, der Kritik am Tarifvertrage
üben will, nur aus dem Grunde, weil der Vertrag auf dessen spe-
zielle persönliche Verhältnisse nicht zugeschnitten ist, den Raum
unseres Blattes dafür zur Verfügung stellen zu können. Den Aus-
führungen des Kollegen M. M. ist Aufnahme gewährt worden, weil
sich an der Hand dieses Falles nachweisen läßt, daß nicht immer
der Tarifvertrag, sondern oftmals die Mitglieder selbst schuld sind,
wenn sie vermeinen, zu niedrig entlohnt zu werden. An keiner Stelle
des Tarifvertrages steht geschrieben, daß die dauernd im Zeitlohn
Beschäftigten nur den Mindestlohn erhalten dürfen. Der Mindest-
lohn stellt nur eine Grenze nach unten, aber nicht nach oben dar.
Wenn der Kollege, der als Graveur (Plattenstecher) eine subtile Ar-
beit zu verrichten hat, die sich im Mord nicht herstellen läßt, also
dauernd im Zeitlohn beschäftigt ist, sich mit dem Mindestlohn ab-
speisen läßt, dann ist er selbst, aber nicht der Tarifvertrag daran
schuld. Entweder ist er eine ganz minderwertige Arbeitskraft, die
einen höheren Lohn nicht beanspruchen kann, oder ihm fehlt der
Mut, einen höheren Lohn zu fordern, obwohl er einen solchen recht-
mäßig zu beanspruchen hat. In beiden Fällen wäre er ohne Tarif
noch schlechter daran, als heute unterm Tarif. Ein leistungsfähiger
Graveur (Plattenstecher) muß m. E. mindestens ebenso viel ver-
dienen, als ein leistungsfähiger Maler im Mord zu verdienen ver-
mag. Eine Entlohnung in dieser Höhe zu fordern, ist zu allernächst
seine eigene Angelegenheit. Kommt er dabei nicht zum Ziel, dann
mag er sich an den Betriebsrat wenden, und wenn auch das nicht
hilft, an unseren Verband bzw. an die örtliche Verbandsleitung.
Der Tarif hindert ihn doch nicht, diesen Weg zu gehen bzw. einen

höheren Lohn zu fordern. Wenn die Unternehmer zum Teil die Mindestlöhne als Durchschnitts- oder gar Höchstlöhne anwenden, dann können sie das aber nur dort fertig bringen, wo die Arbeiter sich das gefallen lassen.

Der Kollege M. N. meint, daß nicht viel praktische Kenntnis dazu gehört, um herauszufinden, daß auch der im Tagelohn arbeitende Kollege zu berücksichtigen ist. Aber hinterher fragt er, ob sich kein Passus finden läßt, der einen Ausgleich zwischen Allford- und Zeitlöhnern schafft. Warum macht denn der in der Praxis stehende Kollege M. N. nicht gleich einen brauchbaren Vorschlag, wie er sich solchen Passus denkt? Einen Passus, der dem Einzelnen den mangelnden Mut ersetzt, gibt es eben nicht. Es ist ein Unding, einen Tarif zu schaffen, der jedem in den Schoß legt, was er sich wünscht.

Tettau. Die Firma Neue Porzellanfabrik, Tettau, beschäftigt fast 130 Arbeiter. Seit zehn Wochen ist genannter Betrieb ohne Steinkohle, und die Arbeiterschaft hatte in dieser Zeit fast gar keine Beschäftigung. Die Betriebsleitung (Herr Direktor Büttner) versichert, alles, was nur denkbar, getan zu haben, um die Notlage der Arbeiter durch Beschaffung von Steinkohlen zu beseitigen. Eine Abordnung der Arbeiterschaft wurde von der Fabrikleitung nach München (Kohlenverteilung) zur persönlichen Vorstellung und Schilderung der Zustände entsandt. Alles bis jetzt ohne Erfolg. Da die Notlage der Arbeiterschaft eine sehr große ist, und es in nächster Zeit zu einem Verzweiflungsausbruch kommen kann, sehen wir uns veranlaßt, unsere Zuflucht und Hilfe in der Dankschuldlichkeit zu suchen. Soll es etwa Strafe dafür sein, weil die Arbeiterschaft gut sozialdemokratisch gesinnt und organisiert ist und dies durch Arbeitslosigkeit infolge Kohlenmangels büßen muß? Kohlen gibt es genug, denn Schieber haben jedes Quantum. Warum ist es hier diesem Betrieb nicht möglich, die benötigte Menge Steinkohle zu beschaffen? Sind alle entsprechenden Stellen, die für Zuteilung in Frage kommen, wirklich nicht mehr in der Lage, einen Betrieb, der durch umfangreichen Export Auslandsdevisen schaffen kann, mit Kohlen zu versorgen? Sollen über 100 Leute einfach verkümmern, weil sich vielleicht kein Schieber findet, der die noch auf ehrlicher Basis stehende Firma beliefert? Die Arbeiterschaft ist zum Meißerstein bereit, wenn nicht Kohlen geschaffen werden.

Die Arbeiterschaft der Neuen Porzellanfabrik Tettau.
F. N.: Emil Anabner, Maler.

Eine weitere Erhöhung der Verkaufspreise für Porzellan-
geschirre wurde den Abnehmern der Fabriken durch folgendes Rund-
schreiben bekanntgegeben:

Verband Deutscher Porzellanfabriken zur Wahrung keramischer
Interessen G. m. b. H.

Abt.: P. Berlin, im April 1920.

An unsere verehrte Kundschaft in Deutschland!

Die neuerlichen gewaltigen Preissteigerungen aller Ma-
terialien, insbesondere der Kohle, der Frachten und vor allem des
Arbeitslohnes, zwingen unsere Mitglieder, mit Wirkung v. 5. April
d. J. am Schluß einer jeden Faktura einen Extrazuschlag von 50
Prozent zu erheben.

Die Berechnungsart wird wie folgt geschehen:

Betrag der Rechnung	1000,— M.
Verbandsaufschlag 25 Proz.	250,— "
	1250,— M.
Verpackungspreise 5 Proz.	62,50 "
	1312,50 M.
Extrazuschlag 50 Proz.	656,25 "
Schlusssumme der Rechnung	1968,75 M.

Bei Rufenwendungen würden alsdann noch die Risten zu be-
rechnen sein.

Hochachtungsvoll

Verband Deutscher Porzellanfabriken zur
Wahrung keramischer Interessen G. m. b. H.

Terrorismus aus der Unternehmung, verübt von den Por-
zellanarbeitern in Tettau, ist es, der die „Arbeitgeber-Zeitung“
auf dem 1. April d. J. bekanntes Blatt bringt die auch von uns schon
gemeldete Forderung der Kollegen in A. auf Entlassung des Di-
rektors. Uns ist noch kein Fall bekannt geworden, in dem die
„Arbeitgeber-Zeitung“ von Unternehmern gegen Arbeiter verübt
Terrorismus geübt worden hätte. Wir nehmen an, daß die „Ar-
beitgeber-Zeitung“ die Registrierung dieser letztgenannten Terror-
ismussfälle nur deswegen unterlassen hat, weil diese so zahlreich
waren, daß sie in einem wöchentlich nur einmal erscheinenden Blatte
wirklich nicht unterzubringen waren.

Geldstücke aus Porzellan. In der staatlichen Porzellan-
faktur Meissen werden gegenwärtig im Auftrage des Reichs-
amtes Versuche unternommen, Geldstücke aus Porzellan
stellen. Zunächst sind Proben von Fünf- und Zweimarkstücken
gestellt worden, die die Größe der entsprechenden früheren Ge-
lde haben. Wie von fachkundiger Seite versichert wird, soll
Porzellan leicht und fest sein. Es ist auch hygienisch ein-
frei, da es leicht abwaschbar ist, und eine Fälschung ist so gut
ausgeschlossen, da zu seiner Herstellung besondere Einrichtun-
gen nötig sind, das Brennen einen sehr hohen Hitzeegrad erfordert,
seine Anfertigung die Mitwirkung vieler Personen erfordert.
eine Fälschmünzwerkstätte nicht lange unentdeckt bleiben dürfte.
Die Geldstücke besitzen keinen Glanz; sie bestehen aus sogenanntem
Biskuitporzellan.

Für die Richtigkeit dieser Zeitungsmeldung können wir
nicht verbürgen. Es ist möglich, daß es sich um einen verfehlten
Aprilscherz handelt.

Vermischtes.

Gegen die Papiergeldflut. Dem „Vorwärts“ entnehmen
nachstehende Notiz:

Einen wertvollen Beitrag zu der Erörterung, ob die de-
Exportindustrie von der Geldaufblähung bei gleichzeitiger Besei-
der Valuta bedroht ist, bietet eine Entschliebung, die der Aus-
ausschuß des Verbandes keramischer Gewerbe kürzlich angenom-
hat. Darin betont der Verband, daß er schon früher bestritten
wesen ist, die ihm angeschlossenen Fachverbände zur Erzielung
lichter hoher Exportpreise zu interessieren. Es heißt dann weiter:

„Auch jetzt noch, bei einem ungefähr um 100 Proz. gestiegenen
Wert der Mark ist die feinkeramische Industrie in der Lage, zu
tieren zu können. Die Bedeutung, die sie dadurch für die de-
Wirtschaft erlangt, wird aber zum größten Teil illusorisch ge-
durch die ständige Neuschaffung zusätzlicher Kaufkraft, ver-
durch die Herstellung von Papiergeld. (In der letzten März-
allein eine Neuausgabe von Papiergeld im Betrage von
Millionen Mark.) Durch eine derartige Inflation muß not-
gerweise eine Steigerung aller Produktionskosten einschließlich
Löhne verursacht werden, eine Erhöhung, die schließlich auch
Feinkeramik die Herstellungskosten des Produktes über den
marktpreis treibt und damit die Feinkeramik, die auf dem
dischen Markt angewiesen ist, mit einer wirtschaftlichen Kata-
verhängnisvollster Art bedroht. Der Verband keramischer Ge-
in Deutschland bittet die Reichsregierung, mit allem Nachdruck
unverzüglich dafür zu sorgen, daß die weitere Schaffung
Zahlungsmittel unterbleibt, und daß die umlaufenden Zahl-
mittel nach Möglichkeit vermindert werden.“

Die Forderung entspricht nach ihrer finanzpolitischen Ge-
sehr der von uns vertretenen Auffassung, daß sich darüber
Wort erübrigt.

Wirtschaftlich aber bedeutet diese Auffassung nichts an-
als das offene Eingeständnis, daß unsere gesamte Exportindus-
verrichtet ist, wenn die Rohstoffe, Arbeitslöhne und übrigen
herstellungskosten auf den Stand der Weltmarktpreise kommen.
wissen, daß es sich nicht so leicht „katastrophiert“, wie das in
Rundgebungen der Interessenten immer zu lesen ist. Gleich-
werden finanzielle Zusammenbrüche und damit schwere Stö-
der gesamten Wirtschaft in einer Zeit größten Warenbedarfs
zu vermeiden sein, wenn die Entwicklung einen solchen Be-
nimmt. Diese aber vor allem die Zeit hindurch zu vermeiden
die Valuta so sehr schwankt, das heißt: die Preisbewegung im
lande nach Möglichkeit aufzuhalten — das muß das Ziel einer
gemäßen Wirtschaftspolitik sein.

Nur sollte man es doch auch ruhig aussprechen, daß die
lästerte „Konsumentenpolitik“ in Wahrheit die heute einzig
Produzentenpolitik ist.

Sie finden sich mit den Betriebsräten ab. Nachdem
Scharfmachern das Sturmlaufen gegen die Betriebsräte
müht hat, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich in die
zu fügen. Das bedeutet natürlich nicht, daß sie die Füh-
Rota werfen. Nunmehr wollen sie sehen, was sie noch an-
teilen für die Unternehmer herausholen können. Der Ver-
Industriellenverband hat ein Rundschreiben an seine Mit-
erlassen, worin er sich erbietet, ihnen bei der Ausführung
sehes mit Rat und Tat an die Hand zu geben, und bittet
Material über die gemeinsamen Forderungen zugänglich zu-
— Der Verband Sächsischer Industrieller hat eine Beratung
Auskunftsstelle eingerichtet, die mit der gleichen Einrichtung
Reichsverband der deutschen Industrie zusammenwirken
sich aus dem Gesetz ergebenden Fragen bearbeiten soll
hat eine Vorstandssitzung sich eingehend mit dem Gesetz

beschlossen, „an die sächsische Industrie den Appell zu richten, den festen Zusammenschluß den aus dem Gesetz sich ergebenden ungleichen Wirkungen zu begegnen, vor allem aber allen Verträgen, durch Tarifverträge weitergehende, durch das Gesetz nicht begründete Rechte durchzusetzen, durch unbedingtes solidarisches Vorgehen entgegenzuwirken“.

Man kann ja den Unternehmern nicht verübeln, daß sie vornehmlich Vorteile für sich herauszuholen, wo es nur möglich ist. Man kann hier sehen, wie eifrig sie schon an der Arbeit sind. Nun aber auch die organisierte Arbeiterschaft die Pflicht gegen sich selbst, von ihrem Standpunkt aus das gleiche zu tun. Das Gesetz, das die Betriebsräte hat bekanntlich nicht alle Wünsche der Arbeiter befriedigt. Um so notwendiger ist es nunmehr, daß die Gewerkschaften die Durchführung des Gesetzes sorgsam überwachen. Man wird es auch möglich sein, dafür zu sorgen, daß die Mängel und Lücken des Gesetzes für die Arbeiterschaft weniger schmerzhaft werden.

Versammlungsberichte.

Muma. In der am 8. April stattgefundenen gut besuchten Versammlung wurde das neue Lohnabkommen den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Wie vorauszu sehen war, herrschte überall große Freude über die getroffenen Vereinbarungen, die mit den prozentual viel höher gestiegenen Lebens- und Bedarfsartikeln gar nicht Einklang zu bringen sind. Die Mitglieder sind der Ansicht, daß das Abkommen nur provisorisch zustande gekommen ist; infolgedessen wurde nach ausgiebiger Debatte der Antrag einstimmig angenommen, zu dem neuen Lohnabkommen mindestens 125 Proz. für Akkord- und Zeitlohn-Arbeiter ohne Unterschied aufgebessert werden müssen. Man ersuchen deshalb den Hauptvorstand, die hierzu erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten.

Gotha. Die am 14. April stattgefundenen gutbesuchte Zahlstellenversammlung beschäftigte sich nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hauptsächlich mit dem neuen Lohnabkommen. Die vereinbarten Lohnerhöhungen wurden allseitig anerkannt, trotzdem sie nicht den gegenwärtigen Lebensverhältnissen Rechnung tragen. Es wurde aber lebhaft bedauert und gerügt, daß von Seiten der Arbeitgeberverbände abgeschlossen wurde und nicht auch mit den Arbeitnehmern. Das muß so schnell als möglich nachgeholt werden. Hier in Gotha hat sich bis jetzt bloß eine Firma zur Anerkennung des Abkommens erklärt, und zwar die Firma Gebr. Simson. Die anderen Unternehmer der Luxusfabrikation weigern sich, den Tarif vollständig anzuerkennen, vor allem gegenüber den Zeitlohn- und sonstigen Mitarbeitern. Sie wollen durchweg nur 35 Proz. zahlen und für die Streikzeit gar nichts. Sie begründen ihre Haltung damit, daß sie keine Landsgemeinde gemacht hätten (sind aber trotzdem mit Aufträgen überhäuft), infolgedessen hätten sie auch nicht die hohen Wertschöpfungsbeiträge, wie ihre Kollegen der Geschirrabzweigindustrie. Ferner gehörten sie dem Arbeitgeberverband der feinkeramischen Industrie nicht mehr an (einmal?), infolgedessen brauchen sie den Tarif nicht anzuerkennen. Die Arbeiter dieser Betriebe erkennen die Gründe nicht als haltbar an und sind nicht gewillt, sich damit abzufinden zu lassen, denn werden vielmehr versuchen, auch diese Herren mit allen ihnen Gebotenen Mitteln zur Anerkennung des Tarifes zu zwingen, denn unser Lebensunterhalt ist keinen Pfennig billiger als der anderer Kollegen. Aber wir glauben auch, daß es in Wirklichkeit ganz andere Gründe sind, die die Herren zu ihrer Haltung veranlassen, denn die Tarifverträge sind ihnen schon lange ein Dorn im Auge. Sie können es nicht verwinden, daß die Porzellanarbeiter die Tarifverträge auch einigermaßen vorwärts gekommen sind und nicht mehr zu den schlechtestbezahlten Arbeitergruppen gehören, wie vor dem Krieg. Deshalb versuchen sie jetzt Breche in den Tarif zu schlagen, das nächste Mal werden sie dann noch weniger zu machen. Auf diese Weise glauben sie nach und nach den Tarif zu zerstören. So sehen die vielgerühmten Arbeitsgemeinschaften aus. An der Arbeiterschaft liegt es nicht, wenn es zu Differenzen kommt, sie haben stets die abgeschlossenen Tarife respektiert, wenn sie der Arbeiterschaft sehr oft nicht gefallen haben. Aber verlangen das gleiche auch von den Arbeitgebern. Deshalb, Porzellanarbeiter, seid auf der Hut!

Allen Kollegen aber, die sich um Arbeit in Gotha bemühen, wir in ihrem eigenen Interesse, sich vorher bei der hiesigen Vertretung zu erkundigen. Folgende Resolution wurde noch einstimmig angenommen:

Die heute, am 14. April, stattgefundenen gutbesuchte Zahlstellenversammlung erkennt die neuen Tariflöhne an, obgleich sie noch nicht den gegenwärtigen Lebensverhältnissen entsprechen. Die Versammlung fordert, daß der Tarif bloß mit einem der Arbeitgeberverbände der feinkeramischen Industrie abgeschlossen wurde, und fordert den Hauptvorstand auf, unverzüglich energische Schritte zu tun, um auch die anderen Arbeitgeberverbände der feinkeramischen Industrie zur Anerkennung des Tarifes zu zwingen. Die Unternehmer der Luxusporzellanfabrikation erklären, der Tarif sei nicht reichhaltig, infolgedessen brauchen sie ihn auch nicht anzuerkennen. Die Arbeiterschaft fordert beständig, daß hier schnellstens Abhilfe geschafft wird.

Rahla. Die am Mittwoch, den 14. April, stattgefundenen Zahlstellenversammlung war zahlreich besucht. Auf der Tagesordnung: Berichte, Aussprache über das Tarifabkommen vom 22./23. März und Gewerkschaftliches.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung die Andenken der verstorbenen Kollegin durch Erheben von den

Sum Tagesordnungspunkt „Berichte“ berichtet der Vorsitzende über die letzte Sitzung des Ortsausschusses (Gewerkschaftsartell).

Aus dem Berichte sind hervorzuheben die Ausführungen über Mai- und Bildungsbestrebungen, über die sich die Versammlung ausspricht.

Hierauf berichtet der Kassierer über die Kassengeschäfte der Zahlstelle im 1. Vierteljahr 1920. An ordentlichen Beiträgen und Eintrittsgeldern wurden vereinnahmt 17372,29 Mk., die Ausgaben betrugen 15371,36 Mk.; mithin ein Bestand von 2000,93 Mk. Für den Lokalfonds waren 3323,57 Mk. als Einnahme und 1491,90 Mk. als Ausgabe zu verbuchen, was einen Bestand von 1831,67 Mk. ergibt. Bei dem örtlichen Unterstützungsfonds waren 55,01 Mk. Einnahme und 40 Mk. Ausgabe zu verzeichnen, so daß ein Bestand von 15,01 Mk. verbucht werden konnte. Das Gesamtvermögen dieses Fonds betrug 641,11 Mk. Auf Antrag der Revisionen, für die Genosse Hermann Tänger berichtet, daß die Kasse ordnungsgemäß geführt wurde, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 1. Vierteljahres 1065, davon 688 männliche und 377 weibliche. Zum Tagesordnungspunkt „Tarif betreffend“, bringt der Vorsitzende das Verhandlungsprotokoll vom 22.—23. März und die vom 1. April 1920 ab geltenden Mindestlöhne und Akkordbasen zum Vortrag und erläutert in längeren Ausführungen die Wirkung des letzten Tarifvertrages.

Insbesondere legt er Wert auf die Betonung, daß der geltende Tarif in allen seinen Teilen reiflos zur Durchführung gebracht werden muß. Im übrigen ist der Vorsitzende der Auffassung, daß die demnächstigen Lohnerhöhungen durch festbegrenzte Teuerungszulagen für die einzelnen Altersklassen und Geschlechter innerhalb unserer Kollegschaft an Stelle der prozentualen Aufbesserungen erfolgen müssen, da die Aufschläge in Prozenten auf der einen Seite den Unternehmern bei der Errechnung der auf solche Art neu geregelten Löhne erhöhte Arbeit verursachen und ein großer Teil unserer Kollegen und Kolleginnen sich schwer in die Prozentrechnung hineinfinden.

Die Aussprache über den Tarif ist eine umfangreiche; verschiedene Wünsche für die nächsten Tarifverhandlungen werden geäußert. Im allgemeinen ist die Versammlung mit den Ausführungen des Vorsitzenden einverstanden.

Bei dem Tagesordnungspunkt „Gewerkschaftliches“ werden zunächst Betriebsverhältnisse in den einzelnen Betrieben besprochen. Bei dieser Gelegenheit hat der Vorsitzende Veranlassung, auch auf Mißstände innerhalb der Kollegschaft hinzuweisen. Jüngere Kollegen vernachlässigen zum Beispiel ihre Pflicht und bringen die Arbeiterschaft dadurch in Mißkredit, wenn sie sich während der Arbeitszeit auf Holzstapel setzen, dort Harmonika spielen und sich so photographieren lassen. Daß auf diese Weise das Ansehen der Arbeiter geschädigt wird, scheinen sich diese Kollegen nicht bewußt zu sein. Es soll deshalb an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht werden, daß solches Verhalten von dem übergroßen Teile der Kollegschaft verurteilt wird. Wer auf sein Recht pochen will, muß auch seine Pflicht erfüllen! Dies den in Frage kommenden Kollegen allerorts zur Beachtung.

Den Schluß der Versammlung bildete eine persönliche Angelegenheit des Vorsitzenden. Derselbe war in einer öffentlichen Versammlung der U. S. V. beschuldigt worden, den Generalstreik verraten zu haben und bestochen worden zu sein vom Generaldirektor Willmann. Mit dem höchsten Pathos war in dieser Versammlung erklärt worden, daß in der nächsten Zahlstellenversammlung der Sturz des Vorsitzenden erfolge, dieses Verräters. Aber es kam anders. Wenigstens wäre der Sturz dieser gewissenlosen Ehrabschneider erfolgt, wenn nicht der Vorsitzende durch besänftigende und versöhnende Worte von der Annahme eines Antrages auf Ausschluß dieser Verleumder aus dem Verbande abgeraten hätte. Der Vorsitzende hatte nicht nötig, sich zu verteidigen, das hat in überreichem Maße die Versammlung getan. Und das beantragte Vertrauensvotum für unsere Kollegen fiel so aus, wie es ja auch nicht anders ausfallen konnte. Von den zahlreich Anwesenden stimmte einer — natürlich! — dagegen. Hoffentlich wirkt diese Aktion, und hat nun Genosse Meinhardt Ruhe vor solchen Ehrabschneidereien, die letzten Endes doch nur der Bewegung schaden.

Wie leichtfertig solche Beschimpfungen erhoben werden, ging aus der „Verteidigung“ der „Ankläger“ hervor: „Ich habe keine Beweise, sondern ich habe gehört, und der und jener hat mir erzählt, und ich vermute und wahrscheinlich“, und so weiter und so fort, stammelte man. Nach einer solchen Abfuhr konnte sich der Vorsitzende darauf beschränken, zu erklären, daß er in der ganzen Woche des Generalstreiks den Generaldirektor Willmann nicht einmal gesehen, geschweige denn mit ihm über den Abbruch des Streiks verhandelt zu haben und von ihm bestochen worden zu sein.

Genosse Meinhardt spricht die Hoffnung aus, daß diese Angelegenheit keinen Stachel zurücklassen möge, und daß durch die erfolgte notwendige Aussprache die Einheit der gewerkschaftlichen Front nicht gestört wird und der Verband trotz innerer und äußerer Kämpfe weiter empor schreite zu beachtenswerter Höhe, zu welchen Ausführungen sich die Versammlung beifällig äußerte.

Literarisches.

Die „Sozialistische Gemeinde“ erscheint zweimal monatlich. Einzelnummer 50 Pf., vierteljährlich 3.— Mk. (Bestellgeld extra). Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin C. 2, Breitestr. 8/9.

Briefkasten.

Versammlungsberichte aus Elberfeld, Kronach, Margarethenhütte und Walthausen mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

Dank.

Den Kollegen für die reichliche Unterstützung, die sie mir zu teil werden ließen, meinen besten Dank.

Paul Strauß, Dreher, Zahlstelle Rahla.

An die Zahlstellenkassierer!

Die Kassierer seien daran erinnert, daß mit Abschluß dieser Woche die graue statistische Karte für das Statistische Reichsamt mit den Angaben über den Monat April fällig wird. Der Ausdruck am Kopf der Karte besagt, daß sie spätestens am dritten Tage nach Schluß des Monats abzusenden ist. Es wird um so mehr gebeten, Ausfertigung und Absendung der Karte nicht zu vergessen, weil Mahnungen im Einzelfall nicht mehr wie früher möglich sind. Nach den Erfahrungen mit den letzten Monaten scheint das Interesse an der Statistik wieder einmal nachzulassen. Der Wert derselben wird dadurch natürlich wieder beeinträchtigt, und das muß durch größeren Eifer der bisher Säumigen vermieden werden.

Das Verbandsbureau.

Adressen-Änderungen.

Berichtigung. In Nr. 17, „Ameise“, soll die Zahlstelle nicht Duisburg, sondern Duisdorf bei Bonn heißen.

Mabendorf bei Suhl. Vorsitzender: Ferdinand Seifert, M., Heinrichs, Hauptstr. 269; Schriftführer: August Hartung, M., Heinrichs, Hauptstr. 119; Kassierer: Wilhelm Rednagel, M., Heinrichs, Hammgasse 156; Revisoren: Herm. Hädrich, Dreher, M., brechts; Ernst Kutschenbauer, Porzellanfabrik.
Rheinbach. Vorsitzender: Clemens Kaiser, Former.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Amberg. Montag, den 10. Mai, nachm. 5 Uhr, „Auf der Alm“.
Berlin-Charlottenburg. Dienstag, den 4. Mai. Schildermalerbranche. Sitzung 5 Uhr bei Wollschläger. — Mittwoch, den 5. Mai. Figurenbranche. Sitzung 5 Uhr bei Wollschläger. — Donnerstag, den 6. Mai. Porzellanbranche. Sitzung 6 Uhr bei Wollschläger. — Dienstag, den 11. Mai. Emaillebranche. Sitzung 5 Uhr bei Wollschläger. — Mittwoch, den 12. Mai. Apotheker-Standgeß-Maler. Sitzung 5 Uhr bei Wollschläger. — Donnerstag, den 13. Mai. Galanteriebranche. Sitzung 5 Uhr bei Wollschläger.
Breslau. Sektion der Polychromeure und Figuristen. Mittwoch, 5. Mai, abends 7½ Uhr, bei Treffer, Reherberg 7.
Magdeburg. Donnerstag, 6. Mai, abends 7 Uhr, im großen Saale des Wintergartens (Weißer Hirsch), Friedrichsplatz.
München. Samstag, 8. Mai, 7 Uhr, Rest. Bengensfelder, Querstr. Vortrag des Kollegen Ringelhan über: „Versicherungswesen“.
Schlesingen. Montag, 3. Mai, 5 Uhr, im Schießhaus.
Tiefenfurt. Sonnabend, den 8. Mai, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Zahlstelle Waldburg.

Die Geschäftsstelle befindet sich in Waldburg, Hochwaldstraße 10. Geschäftsstunden: Vormittags von 8–1 Uhr; nachmittags von 3–7 Uhr; Sonnabend: Vormittags von 8–12 Uhr; nachmittags von 1–4 Uhr.

Mittwochs und Sonntags geschlossen. Telephon: Nr. 230. Auszahlung von Unterstützungen, Rat- und Auskunftserteilung nur an Mitglieder.

Die Verwaltung.

Waldburg.

Die mir aus Anlaß meines 25jährigen Verbandsjubiläums von Seiten der Kolleginnen, Kollegen und Angestellten dargebrachten Wünsche und Geschenke veranlassen mich, da es mir nicht möglich ist, jedem einzeln zu danken, auf diesem Wege allen meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

H. Hillmer

Geschf. der Zahlstelle Waldburg in Schlesien.

Esterbetafel.

Althaldensleben. Friedrich Ahrendt, Dreher, geboren am 16. Februar 1873, gestorben am 16. April an Lungenerkrankung. Mitglied seit 1919.

Hansen. Johann Weber, Maler, geboren am 19. März 1867 in Etzelsheim, gestorben am 26. März an Herzleiden. Mitglied seit 1919.

Kronach. August Stöcklein, geboren am 1. Mai 1871, gestorben am 16. April an Wassersucht. Mitglied seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Tüchtige, zuverlässige

Dreher

für Flach- und Hohlgeschliffe werden für dauernde, gutbezahlte Stellen gesucht. — Wegen Mangel an Familienwohnungen können hier Unverheiratete eingestellt werden. — Angebote erbeten an Zweifacher Post. Post. 11. Reichen i. Sa.

Junger, tüchtiger Porzellanmaler, mit seiner Arbeit bestens vertraut, sucht Stellung in einer Porzellanfabrik. Angebote unter K. an die Redaktion der „Ameise“.

Former

für Terrakotta-Spielwaren dauernd gesucht.

E. Weise, Jena in Thüringen.

Einige jüngere Maler finden noch Aufnahme in Malerei in Landschaften und Blumen für Beleuchtungsglas.

Bewerbungen nichtperfekter Kräfte sind zwecklos.

E. Neumann, Ebersbach (Sachsen).

Porzellanmaler, 27 Jahre alt, verheiratet, in allen vorzulegenden Arbeiten, wie Dekor, Stempel, Staffage, Linien — und oval — leichter Meißner Blumenmanier, Schrift, Federzeichnungen usw. vertraut, sucht Stellung.

Angebote unter C. 27 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger solider Schriftmaler, unverheiratet, sucht Stellung im In- oder Auslande. Derselbe ist vertraut mit der Herstellung von Standgefäßen für Apotheken, mit dem Brennen, Schilberanlagen, auch vollständig firm in der gesamten Emailschmiedefabrikation — Farb- sowie Emailschmiedefabrikation — in der Herstellung Massenschilbern usw. Angebote an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Porzellanmaler

Für unsere Dresdener Malerei suchen wir per sofort Maler, Dekorateur für Goldstaffage, Reliefgold- und Ed.-Arbeiten, Figurenstaffierer, nur erstklassige Kräfte, die langjährige Erfahrung nachweisen können, kommen in Frage. Dauernde, lohnende Beschäftigung zugesichert.

Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Dresden-A., Prager Str. 48.

Porzellanmaler, 26 Jahre alt (ledig), tüchtig und fleißig, zum 1. Mai oder später Stellung. Am liebsten in Kunststadt oder guter Malerei. Suchender ist bereit, sich auch auf andere Zweige der Keramik, wie Glas, Terrakotta usw. einzuarbeiten, wenn die Beschäftigung dauernd ist. Er ist nur sauberes, selbständiges und gewissenhaftes Arbeiten gewöhnt und besitzt mehrjährige Erfahrung im Brennen von Stich- und Zugmuffelöfen.

Angebote unter W. 20 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Maler, speziell für Bronzepatinierungen auf Figuren aus Gips und Terrakotta sowie für Blumenkübel. Ferner Gipsgießer gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen an P. Mariotti, Hannover, Köpplerstraße, erbeten.

Geübter Formgießer, der im Abgießen reichverzierter Modelle bewandert ist und auch das Einrichten versteht, zum baldigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht.

Reinhold Merkelbach

Steinzeug- u. Hartsteingutfabrik, Grenzhausen b. Göttingen.

Flotter, tüchtiger Dreher für Tonwaren, wie: Blumen Vasen usw., möglichst ledig, kann sofort antreten. Angebote unter „A. R.“ an die Expedition.

Tüchtiger, solider Porzellanarbeiter, 50 Jahre alt, sucht als Glaser, Kapseldreher usw. Suchender ist auch befähigt, Stand- und Isolatoren einzurichten und ein Personal zu leiten, verfügt über Masserezepte.

Eduard Otto, Gotha, Langensalzerstr. 7.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold läuft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Jlm., Jlm.

Für alle Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden in die Runde bleiben.

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, S.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen — Malrührstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8. II. Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Stoffe. — Reelles u. pünktliches Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen. — Schneller und reeller Bedienung. — Oskar Rottmann, Stadtilm i. Th.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Seit 1896.
Beste
Bedienung.



Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Seb. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 1. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 1. Druck von Otto Grotte, Charlottenburg, Wallstr. 2.